politischen Bezirksbetriebsräte, die zu ihrer Rechtfertigung behaupten, daß so viele Entlassungen vermieden würden. Wir aber sagen, daß die Ueberweisung nach einer Bahnmeisterei **gleichbedeutend mit der Entlassung** ist. Die Eisenbahner müssen auf diesen erneuten Schandstreich der reformistischen Betriebsräte damit **antworten**, daß sie am 9. und 10. Mai nur rote Betriebsräte wählen. Denn nur durch Kampf unter Führung der roten Betriebsräte können weitere Entlassungen verhindert werden.

* * *

Lohnabbau im Stahlwerk Gröditz

Frecher Schwindel gegen USSR als Lohnraub„begründung"— Arbeiter lehnen Lohnraub unter Führung der RGO ab — Reformisten treffen freie Vereinbarung

Arbeiterkorrespondenz 982

Die Mitteldeutschen Stahlwerke in Riesa-Gröditz forderten von den Gießereiarbeitern eine Kürzung des Akkordpreises um 15 Prozent. Dieser Lohnraub wird „begründet" mit dem Schwindel, die sowjetrussischen Aufträge würden so „schlecht bezahlt". Die SPD-Funktionäre unterstützen ganz offen diesen Lohnraubvorstoß in der Gießerei und gaben ihre Zustimmung zu der 15prozentigen Akkordkürzung.

Wie kann ein reformistischer Betriebsrat auch zulassen, daß sein deutscher Kapitalist im Profit geschmälert wird. Dabei haben sich diese Unternehmerlakaien nicht entblödet, über „Schmutzkonkurrenz" der Sowjetunion zu schwätzen.

Die Belegschaft der Gießerei ließ sich aber nicht einfangen, sondern **lehnte einstimmig einen Akkordabzug ab.** Die Reformisten setzten nun mit einer ungeheuren Hetze gegen den roten Betriebsrat ein. Diese „Arbeitervertreter" gaben der Direktion den Wink, die Arbeiter auf die Straße zu schmeißen, wenn sie den Lohnabzug nicht hinnehmen. Anders kann man sich die Worte des reformistischen Betriebsrates nicht auslegen, der sagte, die Kollegen sollen sich bei dem roten Betriebsrat bedanken, wenn welche entlassen würden. Auch eine erneute Abstimmung hatte nicht den gewünschten Erfolg. Obgleich die Reformisten ihre Anhänger restlos herangeholt hatten, stimmten nur 52 für den Abbau und 108 dagegen.

Trotz dieser erneuten Ablehnung verhandelten die Reformisten mit der Direktion und schlossen einen 5prozentigen Akkordabbau ab, ohne die Belegschaft zu fragen.

Die Belegschaft hat die Lakaienrolle, die diese Leute spielen, erkannt. Die erste Antwort war schon die letzte Betriebsrätewahl. Dort hat schon die Hälfte der Belegschaft diesen Unternehmerknechten den Lohn gegeben. Der andere Teil der Belegschaft wird aus diesen Vorgängen ersehen, wessen Interessen die Reformisten vertreten. Vor allen Dingen in der jetzigen Lohnbewegung der Metallarbeiter wird sich zeigen, daß **die ganzen Machenschaften der Reformisten der Rettung des Kapitalismus dienen.**

Die Metallarbeiter rüsten deshalb zum Gegenangriff gegen den neuen Lohnraubversuch der Metallindustriellen durch Wahl vorbereitender Kampfausschüsse, die jede Lohnkürzung beantworten werden mit dem Streik unter Führung der RGO.

*

Essen, 5. Mai (Eig. Drahtm.)

Nachdem die Verhandlungen über die Neuregelung des Rahmentarifs im Ruhrbergbau am 23. April ergebnislos abgebrochen wurden, scheiterten auch die gestrigen Verhandlungen vor dem Schlichter Prof. Brahm. Infolgedessen wurde gestern im Anschluß an die gescheiterten Verhandlungen eine Schlichterkammer gebildet. Die Zechenbarone verharren vor dem Schlichter auf ihrer Forderung, die tarifliche Schicht im Ruhrbergbau zu verlängern, obwohl hunderttausende Bergarbeiter erwerbslos sind. Allein im Jahre 1930 sind hunderttausend Bergarbeiter im Ruhrgebiet erwerbslos geworden. Weiter wollen die Grubenherren eine Verschlechterung der Urlaubsbedingungen, Fortfall des Haushaltgeldes, Schmälerung der Deputatsrechte und Kürzung der Lohnzuschläge.

„Nur die KPD konsequent revolutionär"

Dietrichs Rede in Dresden für Lohnraub und Sozialabbau, gegen den Bolschewismus

Am Sonntag sprach in Dresden in einer Kundgebung der Deutschen Staatspartei der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Er erklärte u. a., daß nach seiner Auffassung dem kapitalistischen Staat vom Nationalsozialismus keine Gefahr mehr droht. Vor einer Bewegung, die einerseits die Revolution, auf der anderen Seite die Legalität predige, brauche man keine Angst zu haben. Hingegen sei eine Gefahr, daß die enttäuschten Anhänger des Nationalsozialismus zum Kommunismus übergehen. Dann wird die Sache ernst, denn der Kommunismus ist eine ernste und konsequente Bewegung.

Dietrich **billigte weiter den Lohnraub und den Gehaltsabbau.** Das sei notwendig, um die deutsche Industrie konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu halten. (D. h. Die Profite des deutschen Großkapitals erhöhen!) Zu den Steuern erklärte Dietrich, die Regierung habe in der Vergangenheit und werde auch in der Zukunft ihre Linie innehalten, nur Steuern zu beschließen, durch die die **Produktion, (d. h. das Großkapital!** Anm. d. Red.) nicht belastet werde! Die Regierung **ziehe die Konsumbelastung, d. h. die Belastung der Volksmassen vor.** Auch den Abbau der Beamtengehälter müsse man billigen.

Zur **Arbeitslosenversicherung** sagte Dietrich, daß sie zu weit ausgedehnt worden ist. Man dürfe **die Land- und Saisonarbeiter** nicht in die Arbeitslosenversicherung einbeziehen!

Zum Schluß erklärte Dietrich, Deutschland ist heute das letzte Bollwerk gegen den Bolschewismus. Die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden vom Kampf zwischen Bolschewismus und Privatkapitalismus erfüllt sein. In diesem Zusammenhang versuchte Dietrich, den Mittelstand gegen den Bolschewismus aufzuhetzen.

Diese ungeheuerliche, provokatorische Rede des Finanzministers Dietrich zeigt, wes Geistes die Reichsregierung ist. Dietrich proklamierte die verschärfte Ausplünderung der Massen, er trat ein für Lohn- und Gehaltsabbau, für Abbau der Erwerbslosenversicherung, für weitere Steuerbelastung der werktätigen Bevölkerung. Dietrichs Programm war das Programm des Angriffs des Großkapitals gegen die Arbeiter und gegen den Mittelstand.

Es ist klar, daß dieser wirtschaftliche Vorstoß seine politische Ergänzung finden mußte in der Hetze gegen den Kommunismus, der in der Tat der einzige Todfeind des Großkapitals ist. Das wissen auch die Mittelständler, und sie werden sich darum nicht mit Hilfe Dietrichs vom Großkapital ausräubern lassen, sondern mit den Arbeitern und mit den Kommunisten für die gemeinsamen Interessen kämpfen.

Dietrich hat die Nazis entlarvt, indem er ihre Rolle als Kapitalsagenten zynisch offenbarte. Aber durch Dietrichs volksfeindliche Rede ist auch die SPD entlarvt; denn sie ist es ja, die die Brüning-Regierung unterstützt! Die Dresdner Volkszeitung hat allerdings „vergessen", auf diesen wesentlichen Punkt hinzuweisen. Aber die Arbeiter wissen, daß für alle Schandpläne Dietrichs zugleich auch die SPD, die Brüning toleriert, voll verantwortlich ist.

In dem Kampf zwischen Bolschewismus und Kapitalismus, den Dietrich voraussagt, werden Arbeiter, Beamte, Angestellte und Mittelständler mit der KPD im Lager des Bolschewismus, im Lager ihrer sozialen und nationalen Befreiung stehen und kämpfen.

Faschisten-Diktatur gegen RGI in Finnland

Helsingfors, 5. Mai. (Eig. Drahtm.)

Heute beginnt in Helsingfors der bereits mehrmals vertagte Prozeß gegen die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung Finnlands. Diese Prozeßkomödie soll die Unterdrückung der roten Gewerkschaften und den brutalen Terror gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung Finnlands sanktionieren. Anläßlich dieses Prozesses wendet sich das europäische Sekretariat der RGI an die Arbeiter aller Länder mit einem Aufruf zur Verteidigung der finnländischen revolutionären Gewerkschaften. In dem Aufruf heißt es zum Schluß:

„Arbeiter aller Länder! Unterstützt das kämpfende Proletariat Finnlands! Verhindert das neue Verbrechen, daß die faschistische Diktatur gegen das finnländische Proletariat vorbereitet! Erhebt in allen Versammlungen und Kundgebungen, in eurer Presse, in euren Aktionen die Stimme des Proletariats gegen den blutigen, mörderischen Terror der finnländischen Bourgeoisie! Brandmarkt den Verrat der finnländischen Sozialfaschisten und Renegaten und ihrer Führerin der Amsterdamer Internationale. Es lebe die revolutionäre Gewerk-

Tschankaischek in der Klemme

London, 5. Mai. (Eig. Drahtm.)

Die Aufstandsbewegung gegen Tschangkaischek, die mit dem Abfall Kantons begonnen hat, breitet sich weiter nach Norden aus. Die Nanking-Truppen haben infolge der Unsicherheit der politischen Lage die Offensive gegen die Kommunisten einstellen müssen.

*

Zu den Ereignissen in Kanton schreibt die Prawda:

Der Staatsstreich in Kanton zeugt von einem weiteren Zerfall der Generals- und Kuomintang-Herrschaft in China. Die Clique Tschangkaischeks hat noch vor wenigen Tagen geprahlt, die Sowjetbewegung bis zur Eröffnung der Konstituante niederzuwerfen. Die neuen Kämpfe zwischen den Kuomintang-Generalen werden den Arbeitern und Bauern Chinas helfen, die wütenden Feinde der chinesischen Revolution, die Imperialisten rascher abzuschütteln. Die revolutionäre Bewegung in China vertieft sich.

Glänzende Produktionserfolge in der USSR

Nach Mitteilung der Prawda vom 29. April hat das große Werk Krasnij Putilowez das Aprilprogramm bereits vorzeitig erreicht. Von den Moskauer Fabriken haben die Instrumentalfabrik Wladimir Iljitsch am 26. April das Aprilprogramm mit 104,7 Prozent, die Fabrik Gospabor Nr. 1 am 28. April das Programm erfüllt. Die Maschinenbauabteilung der Presmenskier Mechanischen Fabrik hat bereits am 21. April den Plan erfüllt, ferner haben die Elektrowerke in Zweilaua, die Fabrik Marty, die Moskauer Elektrizitätswerke, die Instrumentale Abteilung der Fabrik Krasnij Proletarij den Aprilplan vorzeitig erfüllt.

*

Die Iswestija vom 29. April teilt mit, daß in Tscheljabinsk die Montage von zwei mächtigen Turbinen beendet ist, die am 1. Mai in Betrieb genommen wurden. Die Leistungsfähigkeit beträgt 24 000 Kilowatt. Im Moskauer Industriebezirk ist in Iwantejew bei der Station Puschkin eine neue Trikotagenfabrik mit dreitausend Arbeitern in Betrieb genommen worden. In Moskau ist eine Silikatziegelbrennerei für eine Jahresproduktion von 40 Millionen Ziegel fertiggestellt worden. Das Werk ist mit den besten und modernsten Einrichtungen ausgerüstet.

Vereinigung Stennes und Strassers?

Wie verlautet, verhandeln Stennes und Otto Strasser (der sich schon seit langem von Hitler getrennt hat und einen eigenen kleinen Bund geschaffen hat) über eine Verschmelzung. Politisch würde eine solche Organisation ebenso arbeiterfeindlich sein wie die Hitlerpartei. Der Weg der ehrlichen SA-Leute und bisherigen NSDAP-Anhänger, die sich von der korrupten, vom Kapital besoldeten Hitlerpartei abwenden, geht nicht zu Stennes und Strasser, sondern, dem Beispiel Scheringers folgend, zur roten Front, zur KPD!

*

In Neustettin in Hinterpommern ist der Kutscher Brauz, der sich als Führer bei den Nationalsozialisten betätigt, unter Spionageverdacht zugunsten Polens verhaftet worden.

Kinder werden ausgebeutet!

In der Zeit des Frühkapitalismus wurden Schutzbestimmungen für Kinder erlassen, als die Ausbeutung bereits solchen Umfang angenommen hatte, daß das Rekrutenkontingent nicht gestellt werden konnte. Im Jahre 1839 wurde durch eine Verordnung die Kinderarbeit unter neun Jahren verboten und bis zu 16 Jahren auf 10 Stunden beschränkt. 1853 brachte das Verbot bis zum 10. Jahre, 1855 bis zum 12. Jahre und Beschränkung der Arbeitszeit auf 6 Stunden für Kinder von 12 bis 14 Jahren. Seit 1903 besteht das Kinderschutzgesetz, das die Kinderarbeit in gefährdeten Betrieben, wie Bergbau unter Tage, Ziegeleien, Bauten, an Maschinen mit Kraftanlagen verbietet, im übrigen aber die Kinderarbeit über 12 Jahren bei fremden und bei eigenen Kindern schon vom 10. Jahre an gestattet.

Die Arbeit darf nicht nach 8 Uhr abends und nicht vor 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht liegen, sie darf nicht länger als drei Stunden und während der Ferien nicht länger als 4 Stunden täglich betragen. Mittags muß eine zweistündige Ruhepause liegen. Zwischen Beginn des Schulunterrichts und Beginn der Arbeit eine Stunde. In der Landwirtschaft gibt es keinerlei Schutzbestimmungen, nur die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben in ihren Unfallverhütungsvorschriften Mindestalter für die Beschäftigung von Kindern an Maschinen festgesetzt. In Pommern, Oberschlesien, Niederschlesien, Baden auf 12 Jahre. Sachsen hat kein Schutzalter, sondern untersagt nur allgemein die Beschäftigung von Kindern an gefährlichen Stellen. Die Statistik der entschädigten Unfälle in der Landwirtschaft weist dauernd eine ungeheure Steigerung bei Kindern unter 15 Jahren auf.

Eine genaue Statistik der Kinderarbeit existiert nicht.

Sachsen

macht durch Schulumfragen regelmäßig Feststellungen. Im Jahre 1929 wurden da 40 562, d. h. 7,9 Prozent aller Schulkinder festgestellt. in Zwickau waren 11,2 Prozent und in Chemnitz 9 Prozent erwerbstätig.

Die Berichte der Gewerbeinspektion geben nur ein unvollständiges Bild. Selbst Ministerialrat Professor Kranz muß in einem Aufsatz über „Kinderunfälle" im „Reichsarbeitsblatt" zugeben, daß die Berichte der Gewerbeaufsicht und berufsgenossenschaftliche Berichte weitgehend versagen.

Die Fälle, die er selbst anführt, zeigen aber, in welchem Umfange

Kinder selbst an gefährlichen Maschinen

beschäftigt werden. In einer Holzbearbeitungsfabrik erlitt ein 12jähriger Knabe beim Bohlenverladen eine Schädelverletzung und Beinbruch. In einer Bürstenhölzerfabrik geriet ein 13jähriger Knabe in eine Kreissäge. Nach Mitteilung der sächsischen Holzberufsgenossenschaft brach ein 10jähriger, der beim Holzausfahren für eine Kinderbeschäftigungsanstalt unter einen Wagen gefallen war, ein Bein und ein 12jähriges Mädchen kam beim Abfallkehren unter einer Holzbearbeitungsmaschine der Treibwelle zu nahe und

erlitt eine Kopfhautskalpierung

Von einer ganzen Reihe Mädels und Knaben wird berichtet, daß bei Arbeiten an der Kreissäge und bei Schälmaschinen Finger abgeschnitten wurden. In einem ostpreußischen Sägewerk wurdn 6 schulpflichtige Kinder beim Holzstückabtragen an einer Pendelsäge beschäftigt.

Auch von Kinderunfällen infolge Beschäftigung in Bäckereien, Fleischereien meldete er So wurde einem 12jähriger Schüler, der an Stelle eines Gesellen beim Wurstmachen half, durch einen Fleischwolf Hand und Unterarm bis zum Ellbogen abgerissen, und damit zeitlebens zum Krüppel. Auch aus der Metallindustrie werden Kinderunfälle gemeldet. So hat der Inhaber einer Eisenwarenfabrik zwei seiner Kinder, einen 13jährigen Knaben an der Drehbankt und einen erst fünfjährigen Knaben an einer Schleifscheibe beschäftigt. Selbst in der chemischen Industrie, in einer gefährlichen Zündblättchenfabrik wurde Kinderbeschäftigung festgestellt.

Die Gewerbeaufsichtsbehörden von Thüringen und Münster in Westfalen melden, daß von der Polizeibehörde solche verbotenen Beschäftigungen an Maschinen geradezu noch unterstützt wurden, indem sie Arbeitskarten dafür ausstellten.

Sachsen berichtet: Verbotswidrige Beschäftigung vornehmlich in Motorwerkstätten war in zahlreichen Fällen zu beanstanden. Auch die duldende Einstellung der Lehrerschaft und des Wohlfahrtsamtes zur Kinderarbeit geht aus dem Bericht hervor, nach dem ein 12jähriger Knabe von seinem Vater, einem Malermeister, mit Malerarbeiten beschäftigt wurde. Der Klassenlehrer, der gut achtlich gehört wurde, erklärte:

„daß es unverantwortlich wäre, das herzerquickende Verhältnis zwischen Vater und Sohn durch ein Verbot dieser Beschäftigung zu stören."

Das Wohlfahrtsamt schloß sich dem an. Später mußte das Jugendamt wegen der Ausbeutung und „herzerquälend" rohen Behandlung des Kindes durch den Vater einschreiten.

In zahlreichen Fällen werden Kinder für Modeschauen, auf

Tennisplätzen zum Einholen der Bälle

zu Botengängen beschäftigt, ebenso auch wieder in ziemlich großem Umfange zum Austragen von Backwaren vor dem Schulunterricht. Düsseldorf meldet:

„Die Kinder erhalten als Gegenleistung meist nur Kaffee und Frühstück, sowie Brot für den elterlichen Haushalt, gelegentlich auch geringe Barvergütung."

So wird das Proletarierkind durch Hunger der kapitalistischen Ausbeutung ausgenutzt.

Der Kampf gegen Kinderarbeit kann deshalb nur geführt werden von den Werktätigen in Stadt und Land gegen das kapitalistische System durch den Kampf um höhere Löhne, um Sicherung der Lebensexistenz.

Die Internationale Kinderwoche ruft die Arbeiterschaft auf:

Kämpft für euch, dann kämpft ihr auch für eure Kinder!

Stärkt die RGO!

Schafft überall Pionierabteilungen! Es lebe der Kampf der drei Generationen für ein freies sozialistisches Deutschland, kämpft dafür, daß jede Kinderausbeutung beseitigt und den Kindern gesunde, körperliche und geistige Entwicklung gesichert wird.